



BESCHLUSSPROTOKOLL

der 15. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit
am Montag, den 19.03.2018, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.
Sitzungsdauer 17:06 Uhr bis 20:18 Uhr

A. Anwesend

Vorsitzender

Jürgen Banzer

CDU

Dr. Frank Ausbüttel
Holger Bellino
Dr. Dagmar Charrier
Dr. Nicole Demme
Matthias Drexelius
Norbert Fischer
Agnes Gerecht
Kerstin Giger
Alexander Hees
Alexander Hetjes
Alexander Jackson
Heidrun Kaunzner
Markus Koob
Claudia Kott
Elvy Mäkitalo
Katja Metz
Susanne Odenweller
Thorsten Schorr
Roland Seel
Gregor Sommer
Sebastian Sommer
Bettina Theissig

bis TOP 5.4 (19:05 Uhr)

SPD

Marco Abbé
Walter Breinl
Hans-Georg Brum
Beate Denfeld
Rosi Gottschalk
Birgit Hahn
Thomas Papadopoulos
Astrid Schatta
Rebecca Schmidt
Bernhard Schneider
Dr. Nico Sturm
Dr. Stephan Wetzel

bis TOP 5.3 (18:51 Uhr)

GRÜNE

Dr. Christian Albrecht	bis TOP 5.4 (19:05 Uhr)
Laura Burkart	
Norman Dießner	
Ellen Enslin	
Carsten Filges	
Christina Herr	bis TOP 5.4 (19:44 Uhr)
Inge-Lore Kausen	bis TOP 5.4 (19:05 Uhr)
Lars Keitel	bis TOP 5.8 (20:10Uhr)
Hadmut Lindenblatt	
Dirk Sitzmann	

FDP

Katja Adler
 Holger Grupe
 Heike Kolter
 Dr. Stefan Naas
 Dagmar Reuter
 Ulrike Schmidt-Fleischer
 Franz Tauber

AfD

Michael Beyerbach
 Michael Dill
 Birgit Grohne-Münch
 Thomas Langnickel
 Peter Münch
 Andreas Sell
 Dr. Ileana Aura Vogel

FWG

Andreas Bernhardt	
Karin Birk-Lemper	
Götz Esser	
Hellwig Herber	
Renzo Sechi	bis TOP 5.4 (19:05 Uhr)

DIE LINKE.

Werner Frey	
Okan Karasu	ab TOP 3.2 (17:41 Uhr)

parteilos

Andreas Moses
 Kim-Philipp Nowak

Kreisausschuss

Ulrich Krebs
 Uwe Kraft
 Katrin Hechler

Gerd Arenz
Matthias Bergmeier
Andrea Conrad
Susanne Eichhorn
Hartmut Haibach
Rudolf Kretzschmar
Hans Leimeister
Andrea Pfäfflin
Wolfgang Schmitt
Dr. Regina Sell
Bert Worbs

Schriftführer

Michael Frauenstein

Verwaltung

Annette Goy
Brit Kerfien

Entschuldigt

SPD

Petra Fuhrmann

FDP

Philipp Herbold

AfD

Peter Lutz

Kreisausschuss

Oscar Müller

B. Eröffnung

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer eröffnet die 15. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Folgende Unterlagen wurden auf den Tisch gelegt:

- drei Protokolle der Sitzungen der Ausschüsse des Kreistages
- eine Frage zur Fragestunde der Kreistagsfraktion GRÜNE
- einen Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
- zwei Änderungsanträge der FDP-Kreistagsfraktion
- vier Änderungsanträge der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen

C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
-----	---------------------------	--------------

1. Mitteilungen

1.1. Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

Parteiaustritt Herr Nowak

Herr Kim Nowak hat Ende des Jahres mitgeteilt, dass er aus der Partei „Die Republikaner“ ausgetreten ist. Sein Kreistagsmandat wird er als fraktions- und gruppenloser Abgeordneter behalten.

Folgende Frage der Kreistagsfraktion GRÜNE ist fristgerecht eingegangen:

2.1	Wohnbebauung Gelände ehemalige Georg-Kerschensteiner-Schule	2018/0508/F
-----	---	-------------

Es wurde vereinbart, alle Tagesordnungspunkte **mit Aussprache** zu behandeln.

Die TOPe 5.5 und 5.6 werden gemeinsam beraten.

1.2. Mitteilungen des Kreisausschusses

./.

1.3. **Mitteilungen der Ausschüsse**

Die Vorsitzenden

- des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Freizeit,
- des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt sowie
- des Haupt- und Finanzausschusses

verweisen auf die ausliegenden und im Gremieninformationsportal zugänglichen Protokolle der stattgefundenen Sitzungen.

2. **Fragestunde**

2.1. **Frage der Kreistagsfraktion GRÜNE Wohnbebauung Gelände ehemalige Georg-Kerschensteiner-Schule**

2018/0508/F

Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft beantwortet die Frage

„Der Bau von preisgünstigem Wohnraum ist Anliegen vieler Fraktionen. So soll auch auf dem Gelände der ehemaligen Georg-Kerschensteiner-Schule preisgünstiger Wohnraum entstehen. Dies vorausgeschickt, wird der Kreisausschuss gefragt:

Sind die Planungen zur Bebauung des Geländes der ehemaligen Georg-Kerschensteiner-Schule inklusive Vergabe an einen Bauträger, Bauantrag und die notwendigen Vorlagen in den jeweiligen politischen Gremien so weit vorangeschritten, dass mit einer Bebauung noch dieses Jahr zu rechnen ist?“

wie folgt:

„Wir hätten dies gerne noch in diesem Jahr realisiert. Allerdings gehen wir per heutigem Sachstand nicht davon aus.

So hat die Stadtverordnetenversammlung erst am 30.11.17 ein aktualisiertes städtebauliches Konzept für die Weiterentwicklung des ehemaligen Klinikareals beschlossen. Dieses Konzept hat unmittelbar auch Auswirkungen auf die Bebaubarkeit und insbesondere die Ausnutzung des Geländes der ehemaligen Georg-Kerschensteiner Schule.

Es sieht für diesen Geländestreifen zukünftig eine Ausnutzung, was generell positiv ist, von ca. 4.800 m² Bruttogeschossfläche vor. Das ursprüngliche Konzept ging von rund 4.000 m² Bruttogeschossfläche aus, also ein Mehr von 20 Prozent.

Der Hochtaunuskreis hat zwischenzeitlich eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben um auszuloten, welche baulichen Möglichkeiten dort unter diesem Gesichtspunkt gegebenenfalls umsetzbar wären. Diese Studie gelangt zu dem Ergebnis, dass zur Schaffung der gewünschten Ausnutzung ein differenzierter Baukörper mit bis zu fünf - teilweise sechs - Geschossen errichtet werden müsste, was sich aber mit dem B-Plan inhaltlich deckt. Im Vorgriff auf eine Vermarktung soll nun eine Bauvoranfrage, die derzeit erarbeitet wird, klären, ob ein solcher Baukörper auf dieser Fläche grundsätzlich genehmigungsfähig ist. Dies ist die Voraussetzung damit wir in Verhandlungen oder auch bei Ausschreibungen den jeweiligen Interessenten mitteilen können, was auf diesem Grundstück baulich möglich und nicht möglich ist.“

3. Vorlagen des Kreisausschusses

3.1. Hessenkasse

2018/0479/KA

Herr Seel eröffnet die Aussprache.

Anschließend beteiligen sich folgende Personen an der Debatte:
Herr Dr. Wetzel, Herr Dr. Naas, Herr Langnickel und Herr Herber.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (12), GRÜNE (10), FDP (7), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (1),
Moses (1), Nowak (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

1. Der Hochtaunuskreis beschließt, das Angebot des Landes zur Kassenkreditentschuldung nach dem Ersten Teil des HESSENKASSEgesetzes anzunehmen.
2. Der Hochtaunuskreis verpflichtet sich, den Ergebnis- und Finanzhaushalt in Planung und Rechnung ab dem Jahr 2019 nach § 92 Abs. 4 bis 6 HGO auszugleichen sowie die Vorgaben zu den Liquiditätskrediten nach § 105 HGO zu beachten. Ab dem Haushaltsjahr 2019 werden die Zahlungen der ordentlichen Tilgung und der Beitrag zum Sondervermögen HESSENKASSE grundsätzlich aus Mitteln der laufenden Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet und somit eine Fremdfinanzierung vermieden.
3. Der Hochtaunuskreis verpflichtet sich des Weiteren, nach Maßgabe des HESSENKASSEgesetzes einen jährlichen Beitrag von 25 Euro je Einwohner an das Sondervermögen HESSENKASSE zu leisten.
4. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss nach Maßgabe des Vorgenannten, bis zum 30. April 2018 (Ausschlussfrist) einen Antrag auf Teilnahme an dem Entschuldungsprogramm der HESSENKASSE an das Finanzministerium zu richten, die hierfür erforderlichen Verpflichtungserklärungen unverzüglich zu übersenden (Vorlage der beglaubigten Abschrift der Beschlüsse des Kreistages bis spätestens 31. Mai 2018) und die Bestandskraft eines entsprechenden Bewilligungsbescheides durch Erklärung des Rechtsbehelfsverzichts unmittelbar herbeizuführen.
5. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss des Weiteren, die zur Umsetzung der Kassenkreditentschuldung erforderliche Ablösungsvereinbarung mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) zu schließen, in der insbesondere die zur Ablösung vorgesehenen Kassenkredite aufgeführt sowie die Ablösungszeitpunkte und die Ablösungsmodalitäten geregelt und für den Fall, dass Zinsdienst- und Entschuldungshilfen beantragt und gewährt wurden, die Kassenkredite aufgeführt und die Zahlungen festgelegt sind.
6. Der Hochtaunuskreis verpflichtet sich, den jährlichen Eigenbeitrag so zu erwirtschaften, dass eine Erhöhung der Kreisumlage nur als „ultima ratio“ herangezogen werden muss.

- 3.2. **Satzung des Hochtaunuskreises über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG)** **2018/0484/KA**
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE **2018/0484/KA/1**

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler spricht zur Kreisausschuss-Vorlage.

Herr Dießner begründet den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE.

Frau Dr. Demme und nochmals Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler sprechen anschließend.

Herr Dr. Naas schlägt vor, den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE auf folgenden Satz zu reduzieren: „Zusätzlich wird der Kreisausschuss beauftragt, eine Härtefallregelung zu erstellen.“

Herr Dießner signalisiert hierzu seine Zustimmung.

Anschließend sprechen Herr Dill und Herr Dr. Wetzel.

2018/0484/KA/1 (modifiziert)

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (12), GRÜNE (10), FDP (7), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (2),
Moses (1), Nowak (1)

Nein: ./.

Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Beschlusstext wird ergänzt durch folgenden Satz:

„Zusätzlich wird der Kreisausschuss beauftragt, eine Härtefallregelung zu erstellen.“

2018/0484/KA (ergänzt)

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (12), GRÜNE (10), FDP (7), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (2),
Moses (1), Nowak (1)

Nein: ./.

Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Die beigefügte Gebührensatzung für die Erhebung von Gebühren in Unterkünften für Flüchtlinge (Anlage I) wird rückwirkend zum 01. Januar 2017 beschlossen. Zusätzlich wird der Kreisausschuss beauftragt, eine Härtefallregelung zu erstellen.

2018/0484/KA/1**erledigter Beschluss**

Der Beschlusstext wird ergänzt durch folgenden Satz:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine Härtefallregelung zu erstellen, die vorsieht, dass Selbstzahler bei der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften von der Gebührenerhöhung durch die Gebührensatzung in Härtefällen ausgenommen werden.

4. Vorlagen der Ausschüsse

./.

5. Anträge

- | | | |
|------|---|------------------------|
| 5.1. | Antrag der FDP-Kreistagsfraktion
Förderung von E-Mobilität | 2017/0462/KT |
| | Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen | 2017/0462//KT/1 |

Herr Dill verlässt den Sitzungssaal.

Herr Grupe begründet den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion. Auf den Änderungsantrag eingehend, schlägt er vor, diesen mit folgendem Einschub im 3. Absatz nach dem Wort „Bürgermeistern“ zu versehen: „und den zuständigen Energieversorgern“.

Herr Drexelius begründet den Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

Anschließend sprechen Frau Denfeld und Frau Dr. Vogel.

Für das Protokoll wird auf Bitte von Frau Enslin explizit festgehalten, dass darauf geachtet werden soll, Förderprogramme zur Elektromobilität zu prüfen bzw. abzurufen.

2017/0462//KT/1 (modifiziert)**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	CDU (23), SPD (12), GRÜNE (10), FDP (7), AfD (3), FWG (5), DIE LINKE. (2), Moses (1)
Nein:	AfD (2), Nowak (1)
Enthaltung:	AfD (1)

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten, sich für den Ausbau von E-Mobilität im Hochtaunuskreis einzusetzen.

Hierzu wird der Kreisausschuss gebeten zu dem Thema mit verschiedenen Anbietern von E-Tankstellen Kontakt aufzunehmen, damit an den Schulen die Anzahl der E-Tankstellen ausgebaut werden kann. Gemeinsam mit dem VHT soll hierzu auch eine Initiative erarbeitet werden mit dem Ziel das E-Tankstellenangebot an den Bahnhöfen auszubauen.

Weiterhin wird der Kreisausschuss gebeten die Möglichkeiten des Umbaus von bestehenden Laternenmasten zu E-Tankstellen mit den Bürgermeistern und den zuständigen Energieversorgern zu erörtern.

Der Kreisausschuss wird gebeten im Anschluss der Gespräche in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt einen Sachstandsbericht vorzulegen, welche Möglichkeiten der Unterstützung der Förderung der E-Mobilität im Hochtaunuskreis bestehen.

2017/0462//KT

erledigter Beschluss (aufgrund der Beschlussfassung des Änderungsantrages)

Der Kreisausschuss wird gebeten, mit der Süwag Energie AG die Gespräche über mögliche E-Tankstellen im Hochtaunuskreis aufzunehmen.

Hierbei soll vorrangig überprüft werden, welche Möglichkeiten die Süwag sieht, im Hochtaunuskreis Laternen zu E-Tankstellen umzurüsten bzw. zu erweitern.

Die Ergebnisse dieser Überprüfung sollen im Rahmen einer Ergebnispräsentation im HFA sowie dem zuständigen Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt vorgestellt werden.

Herr Dill kehrt wieder in den Sitzungssaal zurück.

5.2.	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion	2018/0463/KT
	Verbindliche Feststellung des Alters von Schutzsuchenden	
	Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion	2018/0463//KT/1
	Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen	2018/0463//KT/2

Herr Dill begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Herr Dr. Naas begründet den Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion und bekundet seine Zustimmung zum Änderungsantrag 2018/0463//KT/2.

Frau Giger begründet den Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

An der weiteren Debatte beteiligen sich folgenden Personen:

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler, Herr Karasu, Herr Dießner und Herr Langnickel.

2018/0463/KT/2

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (12), GRÜNE (10), FDP (7), FWG (5), DIE LINKE. (2), Moses (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: AfD (7), Nowak (1)

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration einen Bericht über die Methoden und Prozesse zur Altersfeststellung von Schutzsuchenden zu geben.

Hierbei soll insbesondere dargestellt werden, welche Schritte zur Altersfeststellung von Schutzsuchenden im Einflussbereich des Hochtaunuskreises stehen und welche Maßnahmen ergriffen werden, um das Alter von Schutzsuchenden möglichst exakt zu ermitteln. Es soll ebenso erläutert werden, welche Erfahrungen in den letzten Jahren im Hochtaunuskreis gemacht wurden. Dabei soll auch der Umgang mit strittigen Fällen und die Mitwirkungspflicht erläutert werden.

Weiterhin wird der Kreisausschuss gebeten in diesem Bericht auch auf die aktuelle Situation und die Entwicklung in den letzten Jahren zu den unbegleiteten Minderjährigen Ausländern (UMA) einzugehen.

2018/0463/KT/1**erledigter Beschluss (aufgrund der Beschlussfassung des Änderungsantrages)**

Der Kreisausschuss des Hochtaunuskreises wird beauftragt, schnellstmöglich bei der objektiven Altersfeststellung minderjähriger Flüchtlinge eine deutlich verstärkte Mitwirkungspflicht zu implementieren und durchzusetzen. Grundsatz dieser Mitwirkungspflicht an der neutralen Feststellung des tatsächlichen Lebensalters soll sein, dass zukünftig bei begründeten Zweifeln am vorgetragenen Lebensalter als Volljähriger/Erwachsener behandelt wird, wer sein Alter nicht zweifelsfrei korrekt nachweisen kann und im Zweifelsfalle auch nicht bereit ist, durch eine Untersuchung zur Feststellung ihres/seines tatsächlichen Lebensalters beizutragen.

2018/0463/KT**erledigter Beschluss (aufgrund der Beschlussfassung des Änderungsantrages)**

Der Kreisausschuss stellt im Einflussbereich des Kreises (u.a. Jugendämter) sicher, dass das Alter von so genannten Schutzsuchenden exakt ermittelt wird. Zu diesen Methoden gehören bei berechtigtem Verdacht auch der Einsatz von Röntgengeräten und weitere dafür zur Verfügung stehende technische Mittel. Alle minderjährigen Flüchtlinge, die seit 2014 als solche registriert wurden werden ein weiteres mal überprüft, damit zum einen aktuelle Fälle ermittelt werden können und zum anderen bei festgestelltem Betrug entsprechende Maßnahmen gegen diese Personen eingeleitet werden können.

**5.3. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion
Erweiterung der Ausschreibungszeit bei Grundstücksverkäufen**

2018/0496/KT

Herr Sell begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Es folgt ein Wortbeitrag von Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Uwe Kraft .
Anschließend spricht Herr Jackson.

Abstimmungsergebnis:

Ja: FDP (7), AfD (7), FWG (5), Nowak (1)
Nein: CDU (23), SPD (12), GRÜNE (10), DIE LINKE. (2), Moses (1)
Enthaltung: ./.

abgelehnter Beschluss

Der Kreistag bittet den Landrat, bei zukünftigen Grundstücksverkäufen die Ausschreibungszeit auf mindestens 6 Wochen außerhalb der Schulferien zu verlängern.

- 5.4. **Antrag der AfD-Kreistagsfraktion** **2018/0497/KT**
Maßnahmen des Hochtaunuskreises gegen die Ausbreitung der afrikanischen Schweinepest (ASP)
Änderungsantrag FDP-Kreistagsfraktion **2018/497/KT/1**
Änderungsantrag CDU/SPD-Kreistagsfraktionen **2018/497/KT/2**

Herr Münch begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Herr Sebastian Sommer begründet den Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

Herr Grupe begründet den Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion.

Herr Dießner beantragt die getrennte Abstimmung über die beiden Absätze des Änderungsantrages 2018/497/KT/2.

2018/497/KT/1**Abstimmungsergebnis:**

Ja: FDP (7), FWG (5)
 Nein: CDU (23), SPD (11), GRÜNE (10), AfD (7), DIE LINKE. (2), Moses (1)
 Enthaltung: Nowak (1)

abgelehnter Beschluss

Der Hochtaunuskreis verzichtet ab sofort auf Gebühren für Trichinenproben von Wildschweinen, um Anreize für deren Bejagung zu schaffen. Voraussetzung ist, dass eine Schweißprobe der erlegten Tiere eingereicht wird, um eine weitere Untersuchung des Blutes zu ermöglichen. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, dem Kreistag alsbald eine entsprechende Änderungssatzung zur Gebührensatzung vorzulegen.

2018/497/KT/2 (1. Absatz)**Abstimmungsergebnis:**

Ja: CDU (23), SPD (11), Moses (1), GRÜNE (10), FDP (7), AfD (7), DIE LINKE. (2), Nowak (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: FWG (5)

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten, in der kommenden Sitzung des BPVU am 03.05.2018 einen Bericht zu geben, welche Maßnahmen im Hochtaunuskreis bereits ergriffen wurden bzw. kurzfristig ergriffen werden sollen, um die Ausbreitung der aktuell bereits in mehreren Ländern der EU

(aktuell Polen, Estland, Lettland, Litauen und in der Tschechischen Republik) grassierenden afrikanischen Schweinepest (ASP) auf dem Gebiet des Hochtaunuskreises zu verhindern.

2018/497/KT/2 (2. Absatz)

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (11), FDP (7), Moses (1)
 Nein: GRÜNE (10), AfD (7), DIE LINKE. (2)
 Enthaltung: FWG (5), Nowak (1)

gefasster Beschluss

Hierbei soll insbesondere auch dargelegt werden, welche Möglichkeiten für eine nachhaltige Reduktion des Schwarzwildbestandes bestehen und wie nachfolgend die Förderung der Vermarktung von Wildbret erfolgen kann.

2018/497/KT

erledigter Beschluss (aufgrund der Beschlussfassung des Änderungsantrages)

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, in der kommenden Sitzung des BPVU am 03.05.2018 Bericht zu erstatten, welche Maßnahmen er bereits ergriffen hat bzw. kurzfristig plant zu ergreifen, um die Ausbreitung der aktuell bereits in mehreren Ländern der EU (aktuell Polen, Estland, Lettland, Litauen und in der Tschechischen Republik) grassierenden afrikanischen Schweinepest (ASP) auf dem Gebiet des Hochtaunuskreises zu verhindern.

- | | | |
|------|--|---------------------|
| 5.5. | Antrag der AfD-Kreistagsfraktion
Weiteres Gutachten bzgl. der Deponienachsorge in Brandholz und Wicker | 2018/0498/KT |
| 5.6. | Antrag der AfD-Kreistagsfraktion
Identifikation aller Anlagen und Immobilien, die zur Nachsorge der Deponien in Brandholz und Wicker notwendig sind, und deren Rückführung in Kreiseigentum | 2018/0499/KT |

Herr Sell begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion 2018/0499/KT und teilt mit, dass der Antrag 2018/0498//KT zurückgezogen wird.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft und Herr Dr. Naas sprechen.

Herr Gregor Sommer beantragt die Überweisung des Antrages in den Haupt- und Finanzausschuss zur endgültigen Beschlussfassung.
 Anschließend ergreift Herr Sitzmann das Wort.

Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), FDP (7), AfD (7), FWG (4), SPD (11), Moses (1), Nowak (1)
 Nein: GRÜNE (7), DIE LINKE. (2)
 Enthaltung: ./.

2018/0499/KT**gefasster Beschluss**

Der Kreistag überweist folgenden Antrag zur endgültigen Beschlussfassung in den Haupt- und Finanzausschuss:

„Der Kreistag möge beschließen:

- Der Kreisausschuss wird gebeten, alle Anlagen und Immobilien zu identifizieren, die zwingend zur Nachsorge der Deponien in Brandholz und Wicker notwendig sind. Das Ergebnis ist dem Kreistag vorzulegen.
- Für die Anlagen und Immobilien, die zur Nachsorge notwendig sind und die sich nicht im direkten Eigentum des Hochtaunuskreises befinden, soll ein Konzept vorgelegt werden, um sie in das direkte Eigentum des Hochtaunuskreises zu überführen.“

2018/0498/KT
zurückgezogener Antrag

Der Kreistag möge beschließen:

- Es werden mit der RMD Gruppe keine Verträge zur Nachsorge der Deponien in Brandholz und Wicker geschlossen, die eine Laufzeit von mehr als 2 Jahren haben oder Verträge, deren Wert 500.000 EUR übersteigt, außer wenn der Kreistag zugestimmt hat.
- Die RMD Gruppe wird aufgefordert, selbst keine Verträge zur Nachsorge der Deponie in Wicker zu schließen, die eine Laufzeit von mehr als 2 Jahren haben oder Verträge, deren Wert 500.000 EUR übersteigt, es sei denn, der Kreistag hat zugestimmt.
- Sollte die RMD Gruppe einen derartigen Vertrag ohne Zustimmung des Kreistages abschließen, der sich als nachteilig für den Hochtaunuskreis herausstellt, behält sich der Kreis vor, die Geschäftsführung in Regress zu nehmen.
- Aus gegebenem Anlass wird ein aktuelles externes Gutachten für die Kosten eingeholt, die für die Nachsorge der Deponie in Wicker für den Zeitraum bis 2075 zu erwarten sind. Es soll von einem anderen Gutachter erstellt werden, als vom Ingenieurbüro für Abfallwirtschaft (Prof. R. Stegmann und Partner, IFAS).
- Dieses neue Gutachten soll dem Kreistag zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden.

**5.7. Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität**

2018/0500/KT

Frau Enslin begründet den Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE.

Anschließend sprechen Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft und Herr Jackson.

Aufgrund des Redebeitrages des Ersten Kreisbeigeordneten zieht Herr Dießner den Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE zurück.

Herr Dießner bittet darum, dass der Kreisausschuss künftig über die Aktivitäten und Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität berichtet.

zurückgezogener Antrag

Der Kreistag beschließt:

1. Der Hochtaunuskreis wird Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität des Landes Hessen und meldet sich beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung an.
2. Es werden die notwendigen Voraussetzungen für die Teilnahme veranlasst und die unterschriebene Charta, Satzung und Beitrittserklärung an das Referat V3 ÖPNV/Nahmobilität geschickt.

- 5.8. **Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE** **2018/0501/KT**
Jobticket für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung bzw. den kreiseigenen
Gesellschaften
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen **2018/0501/KT/1**

Frau Enslin begründet den Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE und signalisiert ihre Zustimmung zu Ziffer 4. des Änderungsantrages der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

Herr Bellino begründet den Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

Anschließend spricht Herr Abbé.

Herr Langnickel schlägt vor, unter Ziffer 3. des Beschlusstextes nicht nur einen Zeitplan, sondern einen Zeit- und Kostenplan der Umsetzung zu erstellen.

Dieser Vorschlag wird von den antragsstellenden Fraktionen übernommen.

2018/0501/KT/1 (mit Zusatz)

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (11), GRÜNE (6), FDP (7), AfD (7), FWG (4), DIE LINKE. (2),
Moses (1), Nowak (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreisausschuss prüft ein Jobticket für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung bzw. den kreiseigenen Gesellschaften.
2. Die Ergebnisse sind in den zuständigen Fachausschüssen bis zu den Sommerferien 2018 vorzustellen.
3. Ferner soll ein Zeit- und Kostenplan der Umsetzung erstellt werden.
4. Es soll über den Hessischen Landkreistag darauf hingewirkt werden, dass eine für alle Landkreise landesweit einheitliche Vereinbarung mit den Verkehrsverbänden, nach dem Vorbild des Jobtickets der Landesverwaltung, erzielt wird.

2018/0501/KT**erledigter Beschluss (aufgrund der Beschlussfassung des Änderungsantrages)**

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreisausschuss prüft ein Jobticket für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung bzw. den kreiseigenen Gesellschaften.
2. Die Ergebnisse sind in den zuständigen Fachausschüssen bis zu den Sommerferien 2018 vorzustellen.
3. Ferner soll ein Zeitplan der Umsetzung erstellt werden.

**5.9. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion
CarSharing-Stellplätze im Hochtaunuskreis**

2018/0502/KT

Herr Bernhardt begründet den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion.

Anschließend sprechen Herr Fischer und Frau Denfeld.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (11), GRÜNE (6), FDP (7), FWG (4), DIE LINKE. (2), Moses (1),
Nowak (1)
Nein: AfD (7)
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten, mit den Kommunen im Kreisgebiet dahingehen Kontakt aufzunehmen, um zu prüfen, an welchen Stellen im Hochtaunuskreis Bevorrechtigungen für das Parken von Carsharing-Fahrzeugen auch auf öffentlichen Straßen oder Wegen eingerichtet werden können.

Auf Grundlage des am 30. März 2017 verabschiedeten Carsharinggesetz (CsgG), wird der Kreisausschuss beauftragt, mit den Kommunen des Kreises sowie dem Verkehrsverband Hochtaunus (VHT) in Kontakt zu treten und folgendes zu prüfen:

1. An welchen Stellen im Hochtaunuskreis bevorrechtigtes Parken für Carsharing-Fahrzeuge eingerichtet werden könnte, besonders an Haltestellen des ÖPNV.
2. Ob eine Befreiung von Parkgebühren ermöglicht werden kann
3. Inwieweit E-Mobilität eine Rolle spielt
4. Ist eine kreisweite Koordinationsarbeit geplant, um möglichst Kompatibilität für alle Angebote im Kreis zu erreichen.

Über das Prüfergebnis soll zeitnah im Ausschuss für BPVU berichtet werden.

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Vorsitzende der Fraktionen, der Gruppe
sowie fraktions- und gruppenlose Abge-
ordnete

gez. Jürgen Banzer
Kreistagsvorsitzender

gez. Frauenstein
Schriftführer